

# Integration gegen Mitbestimmung

Von Martin Knoepfel. Aktualisiert am 17.02.2010

Die Gegner der Schulwahl betonen die Integrationsfunktion der Volksschule. Die Befürworter kritisieren die Ohnmacht der Eltern gegenüber dem Staat.

FRAUENFELD – «Konsequenzen der freien Schulwahl» lautete der Titel der Podiumsdiskussion, die die Interpartei des Bezirks Frauenfeld gestern Abend durchführte. Je drei Befürworter und Gegner kreuzten die Klingen. Moderiert wurde die Debatte von TZ-Chefredaktorin Ursula Fraefel. Zu Beginn fasste der Erziehungswissenschaftler Lucien Criblez (Universität Zürich) den Forschungsstand zusammen. Danach profitieren von der freien Schulwahl eher die guten Schüler. Ob Eltern die Wahlmöglichkeit nützten, hänge davon ab, ob sie die nötigen Informationen beschaffen könnten. Die Wahlmöglichkeit diene eher Mittel- und Oberschicht-Eltern. Es gebe aber nur wenige Arbeiten, deren Ergebnisse sich verallgemeinern liessen, sagte Criblez. Als Alternative zur freien Schulwahl könnte er sich eine grosszügigere Unterstützung für Privatschulen nach dem Vorbild von Baselland und einfachere Regeln für den Schulwechsel bei individuellen Problemen vorstellen. «**Stossende Ungerechtigkeit**» Kurt Loehrer, Präsident des Initiativkomitees für die freie Schulwahl, kritisierte die «stossende soziale Ungerechtigkeit». Heute könnten nur reiche Eltern die Schule wählen. Zudem gäben die Eltern die Erziehungsverantwortung heute an die Schule ab, die auf ihre Wünsche keine Rücksicht nehme. Caroline Sauter betonte, sie sei als Mutter hier, die die Initiative für die freie Schulwahl befürworte. Der Entscheid, die eigenen Kinder aus der nahe gelegenen Schule zu nehmen, sei schwer gewesen, doch die Kinder seien seit vier Jahren glücklich in einer Privatschule. Dass ihre Kinder nicht den gleichen Schulweg wie die anderen Kinder im Quartier hätten, sei höchstens für die Eltern ein Problem. In der Schweiz biete die Schule immer noch einen Einheitsbrei an. Wenn es mehr unterschiedliche Profile gäbe, wäre der Ruf nach Reformen leiser, ist Markus Vetterli, Dozent an der Pädagogischen Hochschule Zürich und Mitbegründer der Privatschule Schloss Glarisegg, überzeugt. Er kritisierte, dass man als Schulbürger über den Steuerfuss entscheiden könne, nicht aber über pädagogische Inhalte. **Vorwurf zurückgewiesen** Den Vorwurf der Unbeweglichkeit der Staatsschulen liess Andreas Wirth, Schulpräsident von Frauenfeld, nicht gelten. In Frauenfeld seien Wechsel innerhalb der Schulgemeinde, aber auch in andere Orte, möglich. Bei der Annahme der Initiative für freie Schulwahl am 7. März flössen Steuergelder in Privatschulen und in andere Kantone, wo der Thurgau keinen Einfluss ausüben könne, warnte er. Das sei staatspolitisch unerwünscht. Anne Varenne, Präsidentin von Bildung Thurgau, betonte wie Wirth, dass die öffentliche Schule die Integration von Kindern verschiedener sozialer Schichten fördere. In den Niederlanden, die die Schulwahl kennen, gebe es viele «weisse» und «schwarze» Schulen. Die freie Schulwahl fördere die Zweiklassengesellschaft. Dem hielt Loehrer entgegen, dass in den Niederlanden viel mehr Migrantenkinder das Gymnasium besuchten als in der Schweiz. Wenn es Probleme zwischen dem Lehrer und den Eltern gebe oder wenn sich ein Kind in seiner Klasse nicht wohl fühle, sollten die Eltern früh das Gespräch mit der Schule suchen, empfahl Varenne. Kathrin Bünter hat drei Kinder. Sie hat sehr gute Erfahrungen mit der öffentlichen Schule gemacht. Die Kinder hätten Klassen mit einem hohen Ausländeranteil besucht. Die Realität sei, dass heute in der Schweiz Menschen aus verschiedenen Kulturen lebten. Die Kinder müssten lernen, damit umzugehen. Bünter lehnt deshalb die freie Schulwahl ab. Zugleich zeigte sie sich überzeugt, dass sich die öffentlichen Schulen zu wenig gut verkaufen würden. 45 Besucher kamen ins Rathaus. Organisiert wurde der Anlass von der SP, der FDP, der SVP, der CVP, den Grünen, den Grünliberalen, der EDU und der EVP des Bezirks. IMARTIN KNOEPFEL (ThurgauerZeitung)

